



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger\*innenbrief

17. Oktober 2023

Zu Israel und Palästina +++ Handeln gegen Jugendgewalt? +++ NOlympia gilt weiter +++ Hamburger Wohnungsmarkt +++ Platz der leeren Versprechungen +++ Politik gegen Armut, statt gegen Arme +++ 30 Jahre Hinz&Kunzt



Jüngst entdeckt auf der Schloßstraße im brandenburgischen Rheinsberg (Foto: Liane Lieske/Harald Heck)

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Schreckensbilder mehren sich, hier der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine, da der brutale Überfall von Hamas-Angehörigen auf Israel und tausende seiner Bürger\*innen. In beiden Fällen drohen die Konflikte weiter zu eskalieren, sorgen für eine täglich wachsende Zahl von Toten und Verletzten, für immer mehr zivile, unschuldige Opfer. Doch nicht nur international, auch in Deutschland gibt es

reichlich Stoff für Wut, aber auch Frustration. Nehmen wir den sprunghaften Anstieg der Rechtswähler\*innen und das ebenso so beschleunigte Anwachsen des Anteils der Menschen mit *geschlossen* rechtsextremistischem Weltbild auf acht Prozent. Wir können uns aber auch anschauen und, ja, schreien, mit welcher Inkonsequenz die Bundesregierung das Wohnungsdrama behandelt, wie Hamburgs Schulsenator die

Bildungsmisere verschleppt ... Wohin werden all diese Unfähigkeiten der Regierenden, diese Verwirrungen unter einem immer größeren Teil der Bevölkerung führen?

Vor diesem Hintergrund zaubert uns das Foto vom »Fachgeschäft für Demokratie« immerhin ein Lächeln auf die Lippen, stimmt aber angesichts des Aushangs »Die LINKE jetzt wieder die Partei für Zukunft!« auch ein wenig melancholisch. Nichtsdestotrotz, den Kopf in den Sand zu stecken, nutzt alleine den Unfähigen und Verwirrten. Also werden wir ruhig unseren Kurs halten, Schwerter zu Sozialwohnungen, zu Windrädern und Pflegekräften<sup>1</sup> einfordern, gegen repressive

<sup>1</sup> Leicht abgewandelte Überschriften aus dem »Freitag« vom 6.4.2023 ([www.freitag.de/ausgaben/1423](http://www.freitag.de/ausgaben/1423)).

Scheinlösungen, eine erneute Olympiaauflage, die wachsende Wohnungs- und Obdachlosigkeit opponieren und Alternativen einbringen. Von all dem und manchem mehr ist in diesem »Bürger\*innenbrief« zu lesen.

Ach ja, und wer uns aus Anlass der im nächsten Monat erscheinenden 200. Ausgabe des BB seit dem Erstling im März 2008 ein paar kritische, gerne auch freundliche Worte schreiben möchte, mag dies gerne tun. Wir würden uns freuen.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann  
Hanno Plass und Michael Joho

### Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN vom 11. Oktober

## Für ein Ende der Gewalt in Israel und Palästina

Wir verurteilen die entsetzlichen Terror-Angriffe der Hamas auf Israel, bei denen über 1.200 Menschen getötet wurden, aufs Schärfste. Die zahlreichen Morde, der massive Raketenbeschuss und die Berichte über Entführungen sind schockierend. Das barbarische Massaker, dem 260 Teilnehmer\*innen eines Musikfestivals zum Opfer fielen, ist ein Akt der Grausamkeit. In einem Kibbuz sind mehr als 100 Todesopfer geborgen worden. Immer noch werden weitere Leichen gefunden. Wir sind in Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen, und hoffen inständig, dass die Entführten bald wieder in Freiheit sind.

Das erklärte Ziel der Hamas ist die Zerstörung Israels und die Errichtung einer islamistischen Diktatur in Palästina. Unterstützt wird sie dabei von dem iranischen Regime, das mit brutaler Gewalt gegen die feministisch geführte Revolution im Iran vorgeht. Wir verurteilen den Antisemitismus und die Taten der Hamas. Es gibt keine Rechtfertigung für die Morde und Entführungen, für Angriffe auf die Zivilbevölkerung.

Aus der Geschichte des Holocaust, des Antisemitismus ist der Staat Israel eine historische Notwendigkeit, die niemals zur Debatte steht. Wir werden weiter jedem Antisemitismus hier entgegentreten, im Land der Täter. Das bleibt unsere Verantwortung, gerade in diesen Zeiten.

Mit ihren Angriffen auf Israel hat die Hamas auch die palästinensische Bevölkerung in große Gefahr gebracht. Uns besorgt, dass die Antwort der israelischen Regierung erneut zahlreiche Zivilist\*innen töten wird und bereits getötet hat. Die meisten Menschen im Gaza-Streifen können nicht fliehen. Es droht eine massive Welle militärischer Gewalt und Angriffe, unter der in erster Linie die Zivilbevölkerung leidet. Dies betrifft auch die Palästinenser im Westjordanland und palästinensische Staatsbürger Israels. Dass sich diese Spirale der Gewalt immer weiterdreht, liegt im Interesse der Hamas.

Die Herrschaft der Hamas und ihre Unterstützung bei der palästinensischen Bevölkerung basiert auch auf dem

Nährboden und den menschenunwürdigen Bedingungen, die die Besatzungspolitik bereitet. Siedlungsbau und Entrechtung, mangelhafte Infrastruktur und fehlende Perspektiven, häufig ungeahndete Schikane und Gewalt durch Sicherheitsbehörden tragen dazu bei, dass die Hamas sich als Befreier inszenieren kann – während sich ihre Akteure am Elend der palästinensischen Bevölkerung bereichern. Die aktuelle ultrarechte Regierung von Benjamin Netanjahu hat diese Entwicklung befördert. Sie fördert den Bau von Siedlungen und hat eine vollständige Annexion des Westjordanlandes in Aussicht gestellt. Die seitens Israels angekündigte Totalblockade auch von Wasser, Energie und Lebensmittellieferungen für über zwei Millionen Palästinenser\*innen im Gaza-Streifen ist ein klarer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.

Das ist ein Nährboden für weiteren Terror. Solange Israelis und Palästinenser\*innen nicht in Freiheit und Würde zusammenleben können, wird der Frieden und die Sicherheit aller Menschen in der Region immer bedroht sein. DIE LINKE steht für das Existenzrecht Israels und eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt, ein souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästina, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs auf Grundlage der UN-Resolutionen.

Wir stehen solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung einsetzen, die nicht zulassen wollen, dass Hass die Oberhand gewinnt, und die an eine Zukunft glauben, in der alle Menschen in der Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben.

Eine Kürzung von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete lehnen wir ab. Diese Mittel dienen in erster Linie dazu, die nötigste Infrastruktur und das notwendigste zum Leben sicherzustellen. Die Vergabe wird geprüft und erfolgt projektbezogen. Eine Streichung würde vor allem die Zivilbevölkerung treffen und nicht die Hamas schwächen.

Wir sind entsetzt darüber, dass Menschen auch hierzulande die Terrorakte der Hamas unterstützen, sich mit den Angreifern solidarisieren. Angriffe auf die Zivilbevölkerung sind grundsätzlich zu verurteilen. Für Antisemitismus darf es keinen Platz geben.

Es darf nicht zugelassen werden, dass die Angriffe der Hamas auf Israel für innenpolitische Zwecke hierzulande missbraucht werden. Als DIE LINKE setzen wir uns immer und grundsätzlich gegen Doppelbestrafungen mit dem Mittel des Aufenthaltsrechts ein. Strafbares Verhalten muss mit den Mitteln des Strafrechts aufgeklärt und geahndet werden, egal, welche Staatsbürgerschaft eine Person hat.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich in der aktuellen Situation für Deeskalation einsetzt und den

Weg zu einer friedlichen Lösung aktiv begleitet. Ihre guten Geschäftsbeziehungen zum Hamas-Unterstützerstaat Katar muss die Bundesregierung nutzen, um auf ein sofortiges Ende der Terroraktionen gegen die israelische Bevölkerung und eine bedingungslose Freilassung aller Geiseln hinzuwirken.

Sie muss auf die israelische Regierung einwirken, dass diese die Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen mit Lebensmitteln, Wasser, Energie und Medikamenten entsprechend der Verpflichtung im humanitären Völkerrecht nicht behindert.

Menschenrechtsgruppen und Friedensorganisationen in der Region brauchen entschiedene Unterstützung, um gegen gewaltbereite und autoritäre Kräfte bestehen zu können.

## Handeln gegen Jugendgewalt?

Der Senat und sein gleichnamiges Konzept

Von Hanno Plass und Sabine Boeddinghaus

Schulschluss in der Schlankreye in Eimsbüttel. Aus den vier umliegenden Schulen strömen die Schüler\*innen. An einer Stelle scheint ein Streit zu entstehen. Ein Polizeibeamter auf dem Fahrrad nähert sich, deeskaliert – und versucht sich dann, den Jugendlichen zu greifen, den er als Übeltäter ausgemacht hat. Es misslingt, Junge und Polizist gehen zu Boden, eine Traube von Schüler\*innen umstehen die beiden. Der Polizist liegt auf dem Jungen, umschließt seinen Hals, zieht zu. Der Junge ruft: Ich kriege keine Luft. Die drumherum stehenden Schüler\*innen versuchen, mäßigend einzuwirken, »Hören Sie auf!« rufen sie. Erst zwei Tritte gegen den behelmteten Kopf des Polizisten bringen ihn dazu, vom Würgen abzulassen. Seine Kollegen eilen heran, zerstreuen die Menge. Ein Teil der Presse schäumt und schreibt davon, dass Schüler\*innen einen Polizisten prügeln würden. Es hagelt disziplinarische Maßnahmen gegen eine Reihe von Schüler\*innen, die dem Geschehen beigewohnt haben sollen. Der Jugendliche, sein Verbleib ist unklar. Das Verhalten des Polizisten: behördlicherseits vollkommen gedeckt. Sein Griff: potenziell tödlich. Der *Scarf Hold Chest Choke*,<sup>1</sup> den der Beamte wesentlich (schlimm) oder unwissentlich (schlimmer!) anwendet, ist potenziell tödlich.<sup>2</sup> Während gegen elf Schüler\*innen Disziplinarmaßnahmen verhängt wurden, gegen drei Schüler\*innen polizeilich ermittelt wurde, ging der Polizist, dessen Eingreifen die Situation eskalierte, straffrei aus.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Siehe die Anleitung des professionellen Wrestlers und Mixed-Martial-Arts-Kämpfers Josh Barnett, Josh Barnett, Scarf Hold Chest Choke: Jiu-Jitsu Magazine, Issue #32. - YouTube.

<sup>2</sup> Siehe auch den Artikel Ida Ehre im Visier von Presse, Polizei und Schulbehörde, Bürger:innenbrief 14.9.2021, BürgerInnenbrief\_Sudmann\_Boeddinghaus\_2021\_09.pdf (linksfraktion-hamburg.de) siehe auch: Eskalation vor Hamburger Schule: Kinder attackieren Polizisten - taz.de, Schulkinder prügeln Polizisten: Aktion und Reaktion - taz.de, Erziehungsforscherin über Schul-Polizei: »Cop4U ist der falsche Weg« - taz.de; Polizei-einsatz vor Ida Ehre Schule: »Verhältnismäßig und rechtmäßig« - taz.de.

<sup>3</sup> 22/6728 SKA: Polizeiübergreifung auf Jugendliche in der Schlankreye



Papiere und Konzepte (Foto: Hanno Plass)

(Nachfragen zu Drs. 22/5535, 22/5647) (buergerschaft-hh.de), 22/5647 SKA: Harte Hand an der Ida Ehre Schule - Nachfragen zu Drs. 22/5535 (buergerschaft-hh.de), 22/5535 SKA: Macht die Schulbehörde Polizeiarbeit? Fragen zum Konflikt zwischen Cop4U und minderjährigen Hamburgern/-innen (buergerschaft-hh.de).



Der eingesetzte Beamte war ein sogenannter »Cop4U«, ein Polizist, der laut Aussage des Senats, in Kooperation mit der Schulbehörde (BSB) in besonderer Weise für den Einsatz an Schulen, d.h. mit Minderjährigen, vorbereitet sein soll.<sup>4</sup>

An diesem Programm nehmen 238 Polizist\*innen teil. Es ist ein Baustein des Senatskonzepts »Handeln gegen Jugendgewalt«, das vor 15 Jahren begonnen wurde und einen bunten Strauß an Maßnahmen umfasst. Allesamt ist ihnen gemeinsam, dass sie repressiv sind, auch wenn sie präventiv wirken wollen. Fünf Behörden sind an dem Senatsprogramm beteiligt, fünfzehn einzelne Maßnahmen gibt es. Neben der Polizei (Innenbehörde), die auf verschiedenen Ebenen eingesetzt wird – als Cop4Us, im Unterricht im Präventionsprogramm »Kinder- und Jugenddelinquenz« und beim Obachtverfahren »Gewalt u 21« – sind die Sozial-, die Schul- und die Justizbehörde eingebunden.

Mit Hilfe zwei sehr interessierter Praktikant\*innen unserer Fraktion haben wir nun an einige dieser Programme Fragen gestellt. Von sechs befragten Maßnahmen wurden drei Senatsantworten bisher ausgewertet. Die pädagogischste der befragten Maßnahmen ist »Cool in School®«, eine Maßnahme, die seit 2008 Anwendung in Schulen findet und die »soziale Kompetenz bei gewaltbereiten Schüler\*innen zwischen 12 und 15 Jahren« fördern soll. Bisher wurden über 160 »Cool in School®-Trainer\*innen ausgebildet, d.h. Lehrkräfte haben sich berufsbegleitend 100 Stunden lang zusätzlich qualifiziert. Seit dem Schuljahr 2018/19 haben insgesamt 564 Schüler\*innen an Trainingskursen von »Cool in School®« teilgenommen.

Zwei wesentliche Kritikpunkte sind in der Senatsantwort zu finden. Zum Ersten sind die Kriterien, die eine Teilnahme an dem Programm nahelegen, unklar und offen für Willkür. Es reichte laut Senat aus, neben »gewalttätigem Verhalten« auch den Unterricht zu stören oder respektloses Verhalten gegenüber Mitarbeiter\*innen zu zeigen. Auf Nachfrage werden die Kriterien nicht weiter bestimmt. Doch ist klar: kein Unterricht ist störungsfrei und was respektloses Verhalten ist, obliegt in sehr vielen Fällen der individuellen Wahrnehmung. Überprüfbar und durchdacht mit Blick auf die Machtasymmetrie zwischen Lehrkräften und Schüler\*innen ist das Programm nicht. Zum Zweiten ist ein Baustein der Maßnahme die Kooperation mit dem Verein »Gefangene helfen Jugendlichen« und damit verbunden ein Besuch in einer Haftanstalt. Dort soll den Jugendlichen »vor Augen [geführt werden], welche Auswirkungen und Konsequenzen Kriminalität haben kann.« In den Jahren 2019 bis 2022 haben 312 Kinder und Jugendliche (auch von Einrichtungen außerhalb Hamburgs) an solchen Besuchen teilgenommen. Wie auch immer diese Besuche, entwickelt aus dem Konzept einer »konfrontativen Pädagogik«, auf die jungen Menschen wirken, der Senat antwortet, die »Durchführung sowie die Vor- und Nachbereitung der Besuche liegt in der Verantwortung des ausführenden Trägers«. Wo diese Vor- und Nachbereitungen stattfinden, welche Schulungen die Betreffenden haben und inwiefern es eine pädagogische Aufarbeitung – gerade dieser Aspekt obliegt doch

<sup>4</sup> [www.hamburg.de/contentblob/17135554/ee36b42b26e7434b-f0744943f936bd08/data/15-jahres-bilanz-handeln-gegen-jugendgewalt.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/17135554/ee36b42b26e7434b-f0744943f936bd08/data/15-jahres-bilanz-handeln-gegen-jugendgewalt.pdf)

Bildungseinrichtungen – gibt, darüber lässt sich der Senat nicht aus.

Bemerkenswert ist auch, dass »Cool in School®« ein markenrechtlich gesicherter Name ist. Die Rechte liegen laut Senat bei einer Einzelperson. Diese überlässt der Beratungsstelle Gewaltprävention die Nutzungsrechte »dauerhaft kostenfrei«. Es bestehe lediglich eine »mündliche Vereinbarung über die Nutzung«. Spätestens hier sollte man fragen: wie rechtlich sicher ist die Nutzung und warum lohnt es sich für den\*die Markenrechtsinhaber\*in, die Nutzung kostenfrei zu überlassen? Auch hier: keine Antwort.<sup>5</sup>

Die Schmallippigkeit setzt sich fort, besonders dort, wo es sich um Maßnahmen handelt, die auch die Innenbehörde zu verantworten hat.

In der Einleitung hat eine Maßnahme besondere Prominenz erfahren: der Cop4U. 238 Beamt\*innen unterhält die Innenbehörde, von denen derzeit 209 besetzt sind. Bis Ende August diesen Jahres nahmen sie an 458 schulischen Veranstaltungen teil und führten 346 Sprechstunden durch. Auf die Frage nach der Qualifikation von Cop4Us gibt der Senat die Stundenumfänge an, in denen Teilbereiche in der Weiterbildung zum Cop4U unterrichtet werden. Darin dauern die Bearbeitung des Bereichs »Aufgabenfelder eines Seniorenberaters« mit 135 Minuten genauso lange wie Umgang und Ansprache von Kindern und Jugendlichen in Konfliktsituationen. 135 Minuten sind nicht mehr als zwei gute Stunden! Pädagogische Aspekte sind nicht vorgesehen. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen ebenfalls nicht.

Cop4Us geben auch regelhaft Unterricht an Schulen, zwischen 2018 und 2022 insgesamt 12.000 Stunden, im Rahmen des Präventionsprogramms »Kinder- und Jugenddelinquenz«, das flächendeckend in den Klassenstufen 5 bis 8 vorgesehen ist. Dabei soll nahegebracht werden, wie man es verhindert, Opfer einer Straftat zu werden, wie man Zivilcourage zeigt, was Gewalt sei und wie man ihr begegne und welche rechtlichen und finanziellen Folgen Straftaten haben können. Eine gesonderte methodische oder didaktische Gestaltung des Unterrichts sind ausser eines fünftägigen Basis-Lehrgangs nicht vorgesehen.<sup>6</sup> Insgesamt ist fraglich, ob die Staatsgewalt und konkret: Beamt\*innen mit der Verpflichtung, bei Straftaten zu ermitteln, in Schulen richtig sind. Denn Schulen sind ein besonderer Ort der Erprobung junger Menschen. Dort mit polizeilichen Mitteln zu agieren hat gar nichts mit einer pädagogischen Konfliktbearbeitung zu tun. Und überhaupt: will man bewaffnete Personen in den Schulen haben? Im Falle des Polizeiübergreifens in der Schlankreye hat sich gezeigt, wie das Unvermögen oder der Übereifer eines Polizisten äußerst negative Folgen für eine ganze Schüler\*innenschaft haben kann – dabei wären sie eher für ihre Zivilcourage zu loben gewesen: einzutreten für einen jungen Menschen, der im Würgegriff eines weitaus älteren und schweren Uniformierten ruft, er könne nicht mehr atmen.

<sup>5</sup> 22/12983 SKA: Senatskonzept »Handeln gegen Jugendgewalt« – Maßnahme: »Cool in School« (CiS) (buergerschaft-hh.de).

<sup>6</sup> 22/12987 SKA: Senatskonzept »Handeln gegen Jugendgewalt« – Maßnahme: »Cop4U« (buergerschaft-hh.de).

Die Folgen für Jugenddelinquenz, die, so der Kriminologe Thomas Feltes kürzlich, eher in den Bereich der Regel und des jugendlichen Erprobens gehörten,<sup>7</sup> sind nicht unerheblich. Eine weitere Maßnahme des Senatsprogramms »Handeln gegen Jugendgewalt« ist das Obachtverfahren Gewalt unter 21«. Diese Maßnahme ist schon seit längerem wegen mangelnden Datenschutzes in der Kritik.<sup>8</sup> An dem mangelnden Datenschutz scheint etwas verbessert worden zu sein. Ein Teil sind sogenannte Norm- und Hilfesgespräche, die Polizist\*innen bei Jugendlichen zuhause in ziviler Kleidung durchführen. Ob Erziehungsberechtigte teilnehmen, bleibt unklar. Normverdeutlichend sollen diese Gespräche einen Perspektivwechsel bei Beschuldigten herbeiführen. Ob die eingesetzten Beamt\*innen eine dezidierte Ausbildung zur Führung solcher Gespräche erhalten haben, bleibt im Dunkeln.



Beim Blick auf die Zugriffsrechte auf die »Obachtliste«, die auf den Servern des Dienstleisters Dataport liegen, wird eine klare Gewichtung deutlich. Von den 39 Personen, die die Liste einsehen dürfen, sind alleine 14 von Polizei und Staatsanwaltschaft. Insgesamt 10 sind vom Familieninterventionsteam, der Jugendbewährungshilfe und der Jugendgerichtshilfe. Neun Mitarbeiter\*innen der Schulbehörde können auf die Liste zugreifen. Und vier Administrator\*innen von Dataport sowie eine Gruppe von sechs »Koordinatoren«, deren Funktion unklar bleibt. Auf der Liste werden derzeit 141 Personen geführt, 54 Heranwachsende, 81 Jugendliche und sogar sechs Kinder! Es ist laut Senatsantwort nicht vorgesehen, die Betroffenen von der Speicherung ihrer Daten in der Obachtliste zu informieren. Um aufgenommen zu werden, muss min-

<sup>7</sup> Kriminologe kritisiert den Begriff »Clan-Kriminalität« und Faeser: »PR-Gag im Vorfeld der Wahl in Hessen« (fr.de).

<sup>8</sup> Hamburgs Konzept gegen Jugendgewalt: Für wen Datenschutz nicht gilt - taz.de.

destens eine »Gewaltstraftat« begangen worden sein (mit entsprechender Verurteilung oder Ermittlungsverfahren?) und eine sogenannte »Negativprognose« vorliegen, also weitere Straftaten erwartet werden. Bewährt habe sich die Obachtliste laut Senat, weil verschiedene Behörden zusammenarbeiten würden. Eine weitere Evaluierung dieser Maßnahme erfolge nicht. Schade, denn das Handeln der Behörden ist hier nur durch sich selbst legitimiert, nicht durch irgendwelche anderen Faktoren, schon gar nicht pädagogische.<sup>9</sup>

Hinsichtlich der Gewaltprävention an Schulen heißt es, es bestünde eine Meldepflicht von Amokdrohungen, religiösem und politischem Extremismus. Was genau darunter zu verstehen sei, besonders vor dem Hintergrund des Erprobungsraums Schule, lässt der Senat unbeantwortet. Auch hier werden die Lehrkräfte als Entscheidungsinstanz eingesetzt.<sup>10</sup> Die Sicht der Kinder und Jugendlichen spielt auch hier keine und

wenn, dann eine untergeordnete Rolle. Im System Schule, dem sie unterworfen sind und innerhalb dessen ihr Handlungsspielraum sehr eingeschränkt ist, erfahren sie alltäglich das Machtgefälle zwischen Lehrkräften und Schüler\*innen. Dass dies auch eine Art des Gewaltverhältnisses bedeutet und umso mehr das System Schule die pädagogische Arbeit in den Mittelpunkt stellen müsste, gerade in Konfliktsituationen, findet im Senatsprogramm »Handeln gegen Jugendgewalt« kaum Beachtung.

Unterbelichtet ist auch, dass die Lage in den Schulen zu Konflikten führt und sowohl die Belastung von Lehrkräften den pädagogischen Bearbeitungsraum schmälert und die Frustration fördert wie auch, dass die sich verschärfende soziale Spaltung und Verarmung der Gesellschaft den Nährboden für weitere Konflikte bietet. Diese finden sich dann auch in den Schulen wieder.

Repression gegen die jungen Menschen scheint eine einfache Lösung zu sein, doch ihre Wirksamkeit, ihre Qualität und ihre Legitimation gerade angesichts der Rechte von Kindern und Jugendlichen, ist mehr als fragwürdig. Es ist Zeit, das zu ändern!

<sup>9</sup> 22/12988 SKA: Senatskonzept »Handeln gegen Jugendgewalt« - Maßnahme: »Obachtverfahren Gewalt unter 21« (buergerschaft-hh.de).

<sup>10</sup> Wie eingeschüchert diese trotz ihrer Verpflichtung, aktiv für das Grundgesetz einzustehen, lässt sich an der alten, leidigen Diskussion über das AfD-Meldeportal abesehen.

# Olympische Spiele in Hamburg – habt ihr den Schuss nicht gehört?

Von Heike Sudmann

## Bewerbung 2036: Wäre Hamburg olympiareif?

Alle benötigten Sportstätten sind vorhanden. Politik begrüßt den DOSB-Vorstoß, Die Linke lehnt ihn kategorisch ab

Geht's schon wieder los? Headline aus dem »Hamburger Abendblatt« vom 8.7.2023

Gedankenspiele zu einer erneuten Olympia-Bewerbung des Senats sickerten schon vor einiger Zeit durch. Jetzt wird es konkreter. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) lädt am 21. Oktober in die Handelskammer Hamburg ein – wohin sonst? (<https://deine-spiele.de/deine-ideen/hamburg/>):

»Komm zu unserem Dialogforum nach Hamburg und sei dabei, wenn wir darüber sprechen, ob Hamburg Austragungsort für Olympische oder Paralympische Spiele werden soll. Welche Faktoren spielen eine Rolle? Und was sagst du zu möglichen Spielen in deiner Stadt? Wir wollen mit dir in den Austausch gehen!«

Der DOSB ignoriert völlig, dass die Hamburger\*innen vor acht Jahren dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), dem DOSB und dem Senat eine klare Absage zu Olympischen Spielen in Hamburg erteilt haben. Um das Gedächtnis des DOSB und des Senats aufzufrischen, sollten wir mit möglichst vielen Interessierten und kritischen Geistern am 21. Oktober dabei sein.

Auf meinen Vorschlag hin hat der Landesparteitag der LINKEN am 8. Oktober die folgende Resolution gefasst:

### **NOLympia gilt weiter für Hamburg!**

»Der Senat will eine erneute Bewerbung für Olympische oder Paralympische Spiele in Hamburg durchdrücken. Die Hamburger\*innen haben sich in dem Bürgerschaftsreferendum im November 2015 klar gegen Olympische Spiele in ihrer Stadt ausgesprochen. Auch eine massive Werbekampagne hat damals die immense Kritik – unübersehbare Kosten für die Stadt und ihre Bürger\*innen, weitere Kommerzialisierung der Stadt und des Sports, Milliardengewinne für den korrupten IOC, um nur einige Stichworte zu nennen – nicht verdecken können.

Wir rufen alle kritischen Hamburger\*innen auf, am 21. Oktober und darüber hinaus dem DOSB und dem Senat klar zu machen: Die Gründe für eine Ablehnung Olympischer Spiele in Hamburg haben weiter Bestand!

Für uns als Partei DIE LINKE ist klar: Es ist und bleibt die Aufgabe von Stadt und Bund, ausreichend Geld für Sportstätten und Sportvereine zur Verfügung zu stellen. Dafür braucht es kein IOC und keine Olympischen Spiele.«

Mehr dazu auch unter <https://umweltfairaendern.de/2023/10/07/schon-wieder-hamburg-soll-olympia-stadt-werden/>. Unter [www.nolympia-hamburg.de](http://www.nolympia-hamburg.de) finden sich Informationen und Argumente, die heute immer noch aktuell sind.

**Lass den DOSB und den Senat nicht allein:  
Komm am**

**Samstag, den 21. Oktober,**

**von 10.15 bis 11.00 Uhr**

**vor die Handelskammer,**

**gerne auch mit kleinen selbstgebastel-  
ten Plakaten (Anregungen finden sich  
auf der Nolympia-Homepage) und  
sei dabei – zeig deine Meinung!**



Erst acht Jahre her (Foto: Michael Joho)



# »Hinsetzen und noch mal von vorne anfangen«

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann

Am 11. Oktober berichtete der NDR, dass die Zahl der Baugenehmigungen in Hamburg in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf rund 3.700 geschrumpft sei, während es im gleichen Vorjahreszeitraum immerhin noch 7.300 waren. Positiv sei lediglich, dass es darunter deutlich mehr als 2.000 geförderte Wohneinheiten geben würde ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Zahl-der-Baugenehmigungen-geht-in-Hamburg-stark-zurueck,wohnungsbau560.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Zahl-der-Baugenehmigungen-geht-in-Hamburg-stark-zurueck,wohnungsbau560.html)) - und selbst diese vermeintliche Erfolgsmeldung bedarf der Korrektur dahingehend, dass der Senat eigentlich 3.000 geförderte Wohneinheiten angepeilt hat.

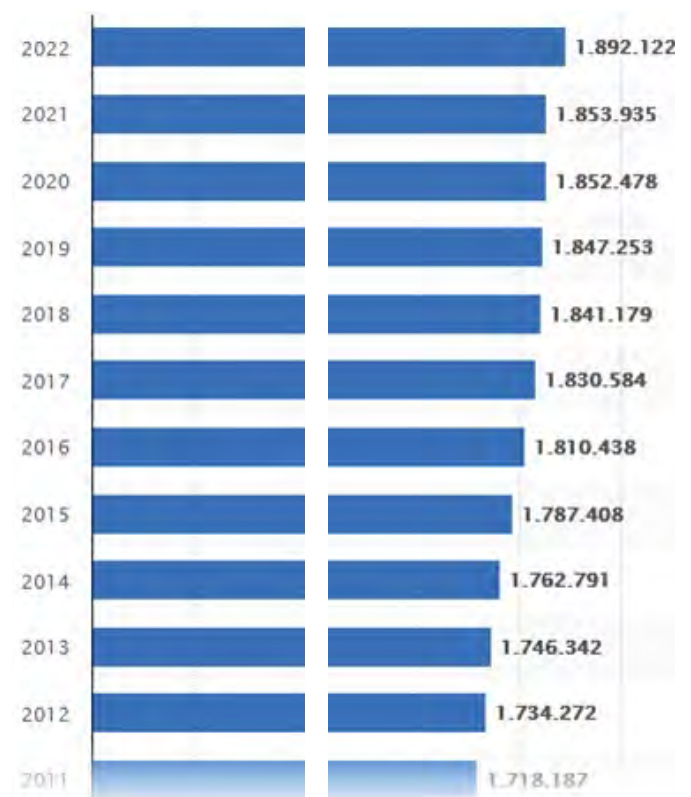
Jahr	Anzahl Wohneinheiten in Hamburg	
	Genehmigungen	Fertigstellungen
2011	6.811	3.729
2012	8.731	3.793
2013	10.328	6.407
2014	10.957	6.974
2015	9.560	8.521
2016	12.471	7.722
2017	13.411	7.920
2018	11.243	10.674
2019	12.715	9.805
2020	10.007	11.269
2021	10.207	7.836
Summe 2011-2021	116.441	84.650

Baugenehmigungen und -fertigstellungen laut »Wohnungsbaubericht Hamburg 2021 Hamburg« vom November 2022, S. 8 ([www.hamburg.de/contentblob/16735902/8b045f0654508468f0b02353a82c60ec/data/d-wohnungsbaubericht-2021.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/16735902/8b045f0654508468f0b02353a82c60ec/data/d-wohnungsbaubericht-2021.pdf))

Unterm Strich also ein Desaster sondergleichen, erst recht vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung. Schauen wir uns die offiziellen Zahlen an. Laut Statista-Institut ist Hamburg von 2011 bis 2021 um genau 135.748 Personen gewachsen (eigene Berechnung, siehe die Grafik). Im gleichen Zeitraum hat es 84.650 Baufertigstellungen gegeben. Letztere Zahlen bedeuten, dass bei der derzeitigen Durchschnittsnutzung von 1,8 Personen pro Wohneinheit alle 135.748 Neubürger\*innen statistisch gesehen versorgt wurden, plus »Überschuss« von 9.200 weiteren Wohneinheiten. Das sieht auf den ersten Blick gar nicht so schlecht aus.

Im Hinterkopf ist dabei allerdings zu berücksichtigen, dass schon 2011 von einem Fehlbestand von mehreren zehntausend Wohnungen die Rede war, dieser Wohnungsmangel ist also, wenn überhaupt, nur geringfügig abgebaut worden, im Gegenteil, der Bedarf ist weiter angewachsen. Mit dem Ergebnis, dass viele Menschen zusammenrücken mussten, also heute auf engerem Raum leben als vor zehn, zwölf Jahren, z.B., weil die »Kinder« nicht mehr mit 20 ausziehen, sondern erst mit 25 oder gar 30 usw. Dass Hamburg in 2022 um sage und schreibe 38.187 Menschen angewachsen ist, darunter sicher eine große Anzahl ukrainischer, rückkehrorientierter

Kriegsflüchtlinge, verkompliziert die Versorgungslage. Und dies auch deswegen, weil mit den 9.234 neu errichteten Wohneinheiten die selbst gesteckte Zielmenge von 10.000 nicht erreicht wurde ([www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83985/tricksereien\\_mit\\_sozialwohnungen\\_drittelmix\\_und\\_wohnungsgroessen\\_die\\_wohnungsbauzahlen\\_fuer\\_das\\_jahr\\_2022.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83985/tricksereien_mit_sozialwohnungen_drittelmix_und_wohnungsgroessen_die_wohnungsbauzahlen_fuer_das_jahr_2022.pdf)) und für 2023 noch viel geringere Neubauzahlen zu erwarten sind. Mit der Folge, dass akut mittlerweile zwischen 30.000 und 40.000 Menschen in Hamburg ohne eigenes Obdach sind (siehe dazu einige Beiträge weiter hinten).



Einwohner\*innenzahlen in Hamburg 2011 bis 2022 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155147/umfrage/entwicklung-der-bevoelkerung-von-hamburg-seit-1961/>)

Für einen erheblichen Teil der Bevölkerung ist das Problem aber »nicht« nur, eine Wohnung zu finden, sondern eben auch eine bezahlbare. Und die sind in Hamburg rarer geworden, einerseits wegen der galoppierenden Mietentwicklung, andererseits und vor allem, weil der Sozialwohnungsanteil mittlerweile auf 7,7 Prozent abgesunken ist.

## Bestand an geförderten Wohnungen in Hamburg Mitte 2023

Förderweg	Wohnungen	Prozentwert am Gesamtwohnungsbestand
1. Förderweg	76.118	7,7%
2. Förderweg	2,963	0,3%
weitere Förderwege	5.001	0,5%
<b>Gesamt</b>	<b>84.082</b>	<b>8,5%</b>

Aus der Drucksache Drs. 22/12388 vom 7.7.2023 ([www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84309/die\\_neue\\_cres\\_mieten\\_studie\\_oder\\_scheinheiliges\\_zur\\_hamburger\\_mietensituation.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84309/die_neue_cres_mieten_studie_oder_scheinheiliges_zur_hamburger_mietensituation.pdf))

Und das hat seine Gründe bekanntlich darin, dass seit Jahren mehr Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen und nicht durch Neubauwohnungen im 1. Förderweg wenigstens »ersetzt« werden. Bis zum Jahr 2030 wird die Anzahl von Wohnungen des 1. Förderweges auf prognostizierte 71.500 Wohneinheiten zurückfallen ([www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/77351/bericht\\_des\\_stadtentwicklungsausschusses\\_ueber\\_die\\_druck-](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/77351/bericht_des_stadtentwicklungsausschusses_ueber_die_druck-)

sache\_22\_2973\_eckpunkte\_der\_wohnraumfoerderprogramme\_des\_senats\_2021\_und\_2022\_bericht\_des\_sena.pdf), bei einer bis dahin nochmals deutlich angewachsenen Wohnbevölkerung! Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht leider nur allzu deutlich, dass die – ja noch nicht einmal erreichte Zielzahl – von 3.000 geförderten Neubauwohnungen pro Jahr in den kommenden Jahren nicht ein einziges Mal ausreichen wird, um auch nur die Abgänge wettzumachen.

## Jährlich auslaufende Sozialbindungen 2021 bis 2030

### Summe der Wohnungen mit Bindungsende pro Jahr

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
<b>1. Förderweg</b>	3.147	2.511	4.326	3.858	4.433	4.418	4.707	3.787	4.908	5.433
<b>2. Förderweg</b>								1	34	42
<b>sonst. Förderungen*)</b>	286	1.132	1.882	1.169	820	1.108	1.495	922	578	736

\*) Die Werte beinhalten teilweise auch Doppelförderungen, bestehend aus Modernisierungsförderungen neben einer bereits vorhandenen Förderung im 1. Förderweg.

Aus der Drs. 22/5387 vom 17.8.2021 ([www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76816/wohnungsbauprogramm\\_des\\_senats\\_weiterhin\\_zu\\_wenig\\_leistbare\\_und\\_gefoerderte\\_wohnungen.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76816/wohnungsbauprogramm_des_senats_weiterhin_zu_wenig_leistbare_und_gefoerderte_wohnungen.pdf))

Vor diesem Hintergrund ist der von der Bundesbauministerin einberufene »Wohnungsgipfel« am 25. September eine einzige Enttäuschung, ja, wirklich einen Aufschrei wert. Es gab einfach keine Antwort auf die allerbrennendste Frage, wie mit dem dramatisch rückläufigen Wohnungsbau umgegangen werden soll, sowieso mit dem nach wie vor anhaltenden Verlust im bundesweiten Sozialwohnungsbestand. 400.000 Neubauwohnungen pro Jahr waren von der Ampelkoalition versprochen worden. 2023 werden es lediglich 245.000, für 2025 prognostiziert das IFO-Institut gerade mal 175.000 ([www.ifo.de/pressemitteilung/2023-06-16/deutlich-weniger-neue-wohnungen-bis-2025](http://www.ifo.de/pressemitteilung/2023-06-16/deutlich-weniger-neue-wohnungen-bis-2025)). Der Wohnungsgipfel hat nichts angeboten, was dem wirklich entgegenwirken würde: kein massiver Ausbau bei der Errichtung neuer Sozialwohnungen, kein Sonderprogramm für den (sozialen) Wohnungsbau, kein ernsthafter Einstieg in die Neue Gemeinnützigkeit, kein Mietendeckel, kein Umwandlungsverbot. Nichts davon! »Hinsetzen und noch mal von vorn anfangen«, haben wir denn auch die entsprechende Pressemitteilung der



Die Presse scheint sich einig (Titelblätter der »Wirtschaftswoche« vom 22.9. und des »Spiegel« vom 7.10.2023), doch die Bundesregierung tut nichts

Linksfraktion vom 25. September übertitelt ([www.linksfraktion-hamburg.de/wohnungsgipfel-hinsetzen-und-noch-mal-von-vorne-anfangen/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wohnungsgipfel-hinsetzen-und-noch-mal-von-vorne-anfangen/)).



# Tipps und Termine

Ein lesenswerter O-Ton von **Cansu Özdemir** findet sich im »Hamburger Abendblatt« vom 23. September. Die **Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft** nimmt im **Interview** Stellung zu einer Reihe aktueller und auch brisanter Fragen. Es geht um den Hauptbahnhof, Sicherheit und Konsumräume, um den hvv und Kitas, aber auch um den Ukraine-Krieg und den Zustand der LINKEN. Liest du hier: [www.abendblatt.de/hamburg/politik/article239640271/Cansu-Oezdemir-Ich-mache-mir-Sorgen-um-die-Linken.html](http://www.abendblatt.de/hamburg/politik/article239640271/Cansu-Oezdemir-Ich-mache-mir-Sorgen-um-die-Linken.html).

Der neue, der 4. **E-Newsletter Interkulturelle Erziehung** des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung ist erschienen. Es geht um diese Themen – die Fachleute werden mit den Abkürzungen schon was anfangen können: Terminierte Angebote der BIE, Angebote für IVK-Lehrkräfte, Angebote des Netzwerks »Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte«, Terminierte Angebote

unserer Kooperationspartner, Empowerment-Workshops für Schulklassen (Abrufangebote), Spotlights. Guckst du hier: <https://t49d2b440.emailsys1a.net/mailling/83/6994007/10377907/1722/b1b6042512/index.html>.

**Noch bis zum 23. Oktober** ist in der Zentralbibliothek der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (Hühnerposten 1) die **Ausstellung** »Abgelehnt« zu den **Berufsverboten in Hamburg in den 1970er**-Jahren zu sehen. Die Präsentation der Tafeln war bereits im Juli vergangenen Jahres für kurze Zeit in der Rathausdiele zu sehen und wurde dann laut GEW vorzeitig abgebrochen. Die Ausstellung war Resultat eines Beschlusses der Hamburgischen Bürgerschaft aus dem Jahr 2018, die Berufsverbote aufzuarbeiten, das Ergebnis der Öffentlichkeit zu präsentieren und sich »bei den aus heutiger Sicht zu Unrecht Betroffenen« zu entschuldigen.

Auch wenn es schon einige Zeit her ist, aber dieser TAZ-Kommentar sollte doch in Erinnerung bleiben. Online datiert er vom 29. Juli und trägt die Überschrift: »Es ist Zeit, das Volk zu fragen« – und es geht dabei um die **geplante U5**. Doch statt Volksbefragung wird seither weiter gebaut und gebohrt, in Vorbereitung von bis zu einem Kilometer Länge aufgerissenen Gruben (z.B. zwischen der Universität und dem Grindelberg). Schönes Zitat aus der TAZ: »Einen Satz könnte Heike Sudmann eigentlich fest unter eine Copy-and-paste-Taste legen: **Die schnellere und viel kostengünstigere Alternative ist und bleibt die Straßenbahn**« ([taz.de/Strassenbahn-Debatte-in-Hamburg/!5946583/](http://taz.de/Strassenbahn-Debatte-in-Hamburg/!5946583/)). Die gesamte Linie mit einer Länge von 25 Kilometern und



[www.hamburg.de/contentblob/17172884/a892354fea223cc5bbb59b13a-6c22efa/data/poster.jpg](http://www.hamburg.de/contentblob/17172884/a892354fea223cc5bbb59b13a-6c22efa/data/poster.jpg)



Eine von mehreren Probebohrungen für die U5 an der Langen Reihe (Foto: Michael Joho)

23 Haltestellen zwischen Bramfeld und dem Altonaer Volkspark soll übrigens 14 bis 16,5 Milliarden Euro kosten, zumindest beim jetzigen Planungsstand, wie der NDR am 20. September meldete ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/U5-in-Hamburg-soll-bis-zu-165-Milliarden-Euro-kosten,ubahn882.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/U5-in-Hamburg-soll-bis-zu-165-Milliarden-Euro-kosten,ubahn882.html)).

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg zu einer Veranstaltung mit dem Titel **Alternative Straßenbahn – Was damit in Hamburg möglich wäre** einlädt. Die Debatte findet am **Mittwoch, den 18. Oktober**, um 19.00 Uhr in der »W3\_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V.« (Nernstweg 32-34) statt. Auf dem Podium: **Jens Ode** (Verkehrsexperte von »Pro Stadtbahn Hamburg«), **Jens Rathke** (Arbeitskreis Mobilität und Stadtentwicklung der Jusos Hamburg) sowie **Heike Sudmann** (Fachsprecherin der Linksfraktion für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik in der Bürgerschaft). Mehr unter [hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/OWY4C/alternative-strassenbahn---was-damit-in-hamburg-moeglich-waere?cHash=fa25d72bfb-c1208c56b55b99e94be441](http://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/OWY4C/alternative-strassenbahn---was-damit-in-hamburg-moeglich-waere?cHash=fa25d72bfb-c1208c56b55b99e94be441).

Die Initiative **Prellbock Altona e.V.** nimmt wie immer kein Blatt vor den Bund. In ihrer neuesten Pressemitteilung vom 12. Oktober kritisiert sie die nicht wirklich begründete **Sperrung der S-Bahn** zwischen Altona, Holstenstraße und Stellingen. Zudem sind »die Schienenersatzverkehrsverbindungen [...] eine reine Katastrophe«. Und hängt der Presseerklärung auch gleich noch eine Karte zum **Baustellenerror der Deutschen Bahn** im norddeutschen Raum an. Wer es genau(er) wissen will, findet reichlich Infos unter [www.prellbock-altona.de](http://www.prellbock-altona.de).



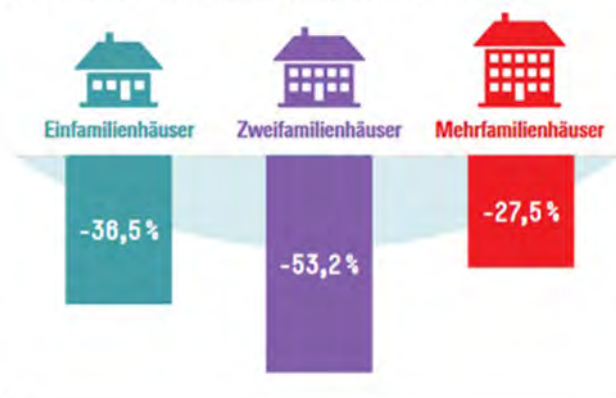
Sage und schreibe **84 Prozent** der Hamburger\*innen sind **»genervt vom Verkehrslärm«**. Das meldete der NDR online am 24. September auf der Basis einer nicht repräsentativen Umfrage der Umweltbehörde unter 7.000 Menschen im Mai dieses Jahres. »Zwei Drittel der Menschen fühlen sich auch in ihrer Wohnung durch den Lärm auf den Straßen gestört.« Und, ganz wichtig, der Großteil der Befragten sprach sich für Tempo 30 aus ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Befragung-der-Umweltbehoerde-Hamburg-84-Prozent-genervt-vom-Verkehrslaerm,laermbelastung106.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Befragung-der-Umweltbehoerde-Hamburg-84-Prozent-genervt-vom-Verkehrslaerm,laermbelastung106.html)).

Kurze und prägnante Infos rund um die Mietpolitik liefert der Mieter\*innenverein auf der Plattform X (früher twitter). In einem 42 Sekunden langen Beitrag erläutert z.B. **Sylvia Sonnemann**, die Geschäftsführerin von Mieter helfen Mietern, die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt. Vor allem geht es um die Mietenfrage, den **Mietenspiegel** und die Frage, warum ein **Mietenstopp** hilfreich und eigentlich auch nötig wäre: <https://twitter.com/mhmburg/status/1712499234388214111>.

Nicht, dass es noch überraschend wäre nach all den Hiobsbotschaften der letzten Monate, aber der rückläufige Wohnungsneubau kann eine/n doch erschüttern. Die **Flaute am Bau**, nennt das der neue Böckler Impuls, das Periodikum der gewerkschaftsverbundenen Hans-Böckler-Stiftung, vom 5. Oktober ([www.boeckler.de/pdf/impuls\\_2023\\_15\\_gesamt.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2023_15_gesamt.pdf)). Die »dahinter« liegenden Daten des Statistischen Bundesamtes gibt es hier: [www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23\\_369\\_3111.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23_369_3111.html).

## WOHNUNGEN Flaute am Bau

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sank im ersten Halbjahr 2023 die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für ...





Eine prägnante Einschätzung zum neuesten wohnungspolitischen Grundsatzpapier der **SPD-Bundestagsfraktion** hat jetzt Armin Kuhn (Rosa-Luxemburg-Stiftung) vorgelegt ([www.rosalux.de/news/id/50994?pk\\_campaign=Newsletter&pk\\_medium=10%2f2023](http://www.rosalux.de/news/id/50994?pk_campaign=Newsletter&pk_medium=10%2f2023)). Der nach Kuhn geradezu »ausufernd« daherkommende, achtseitige Forderungskatalog trägt den Titel **Maßnahmenpaket für bezahlbares Wohnen und zukunftsgerechtes Bauen** ([www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-bezahlbares-wohnen-zukunftsgerechtes-bauen.pdf](http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-bezahlbares-wohnen-zukunftsgerechtes-bauen.pdf)). Einige werden sich die Augen gerieben haben, was da alles so drin steht, beispielsweise geht es da um einen **bundesweiten Mietenstopp**. »Die im Koalitionsvertrag vereinbarte [aber immer noch nicht realisierte] Absenkung der Kappungsgrenze [von 15 auf 11 Prozent innerhalb von drei Jahren] wird der aktuell besonders kritischen Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht gerecht. Angesichts der enormen Mietanstiege der letzten Jahre und der vom Krieg ausgelösten drastisch zunehmenden Neben- und Heizkosten fordern wir deshalb einen bundesweiten Mietenstopp. In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt gestattet dieser eine maximale Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete.« Na immerhin. Im sozialdemokratischen Musterländle Hamburg lehnt die SPD bekanntlich einen Mietenstopp auch nur bei der SAGA ab, an die Privatwirtschaft würde sie sich eh nicht rantrauen. Kommentar von Armin Kuhn: »Da bezahlbare Mieten in der Ampel keine Lobby haben, droht der Vorstoß als billiger PR-Gag auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit zu verpuffen.« Der SPD in Hamburg werden wir die Chance geben, den Gegenbeweis anzutreten: Wir werden im November in der Bürgerschaft erneut einen Mietenstopp wenigstens für die SAGA beantragen.

Der mit über 190.000 Mitgliedern stärkste Mieter\*innenverein Deutschlands, der **Berliner Mieterverein e.V.**, beeindruckt auf seiner Homepage immer wieder mit kenntnisreichen Ausführungen zu allen möglichen, das Herz nicht nur der Berliner Mieter\*innen bewegenden Themen. Vor kurzem erinnerte er an **das am 1. Juni 1923 verabschiedete erste Mieter\*innenschutzgesetz** in unserem Land. »Sicheres Wohnen in unsicheren Zeiten« ist der Artikel überschrieben, und er hebt ab auf die Monate der Hyperinflation vor 100 Jahren. Während das 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch noch »keinen Unterschied (machte), ob man eine Wohnung oder einen Esel mietete«, so schaffte das neue Gesetz doch einen »bahnbrechenden Fortschritt«, in dem erstmals ein gewisser »Schutz vor Kündigungen« garantiert wurde. Mehr dazu hier:

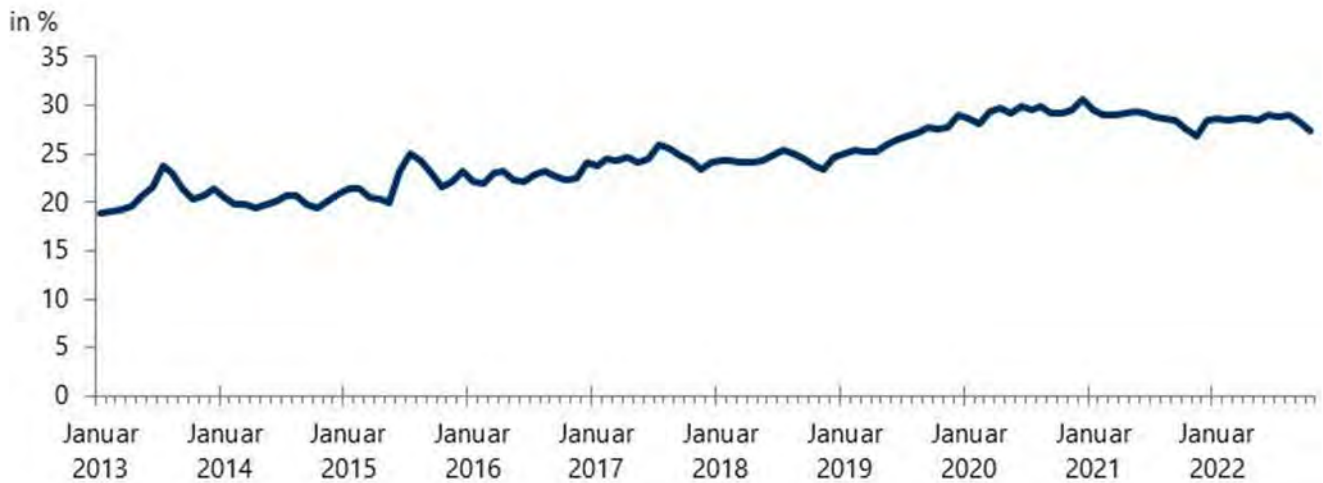
[terverein.de/magazin/online/mm0923/100-jahre-mieterschutzgesetz-sicheres-wohnen-in-unsicheren-zeiten-092320.htm](http://terverein.de/magazin/online/mm0923/100-jahre-mieterschutzgesetz-sicheres-wohnen-in-unsicheren-zeiten-092320.htm).

Einen recht aufschlussreichen Artikel gab es Ende September in der **Capital**, dem Leib- und Magenblatt des deutschen Unternehmertums. **So gehen europäische Großstädte gegen die Wohnungsnot vor** lautet sein Titel. Darin werden Beispiele aus Spanien, Portugal, Österreich und den Niederlanden angeführt. Bemerkenswert – und damit auch ein Vorbild – ist beispielsweise Barcelona. Dort wird Wohnraum, der zwei Jahre leer steht, konsequent enteignet, zur Hälfte des Marktpreises der Immobilie... Die Onlineversion vom 26. September ist hier nachzulesen: [www.capital.de/immobilien/so-gehen-europaeische-grossstaedte-gegen-die-wohnungsnot-vor-33859982.html](http://www.capital.de/immobilien/so-gehen-europaeische-grossstaedte-gegen-die-wohnungsnot-vor-33859982.html).

Eine detailreiche Forschungsstudie zum Thema möbliertes Wohnen in Deutschland hat im Juni 2023 als Auftraggeber das Bundesjustizministerium vorgelegt. Sie ist vom Institut Oxford Economics erarbeitet worden und trägt den Titel **Untersuchung des möblierten Mietwohnungsmarktes. Empirische und rechtswissenschaftliche Untersuchung des möblierten Mietwohnungsmarktes**. »Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass das möblierte Mietwohnsegment kein Nischenmarkt ist, sondern ein wesentlicher Teil des Mietwohnungsmarktes. Dies betrifft sowohl das verfügbare Angebot als auch die tatsächliche Wohnsituation: 2022 betrafen etwa 27 % der öffentlich zugänglichen deutschlandweiten Inserate möblierte Wohnungen. Zudem wohnten 2022 ca. 14% der Mieter in Deutschland in möblierten Wohnungen – dies ergab eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage« (S. 1). Zwar soll laut Studie



### Deutschlandweiter monatlicher Anteil an Inseraten möblierter Wohnungen an allen Mietwohnungsinseraten (Januar 2013 – Oktober 2022)



Quelle: Oxford Economics auf Basis der Gemeindedaten der Value-Marktdatenbank.

Entwicklung des möblierten Wohnraumes 2013 bis 2022 (Tabelle auf S.14)

möbliertes Wohnen unter die Mietpreisbremse fallen, doch zeige die Rechtsprechung, dass die meisten Mietenspiegel offen ließen, ob diese auch auf möblierte Wohnungen anwendbar seien. »Auch für die Ermittlung des Möblierungszuschlags ist die Rechtslage unklar, da das Verfahren zur Ermittlung nicht gesetzlich geregelt ist« (S. 4). Wer sich mit dem Thema beschäftigen will, kommt um diese 135-seitige Arbeit nicht herum ([www.bmj.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Fachpublikationen/2023\\_Schlussbericht\\_Untersuchung\\_moeblierter\\_Mietwohnungsmarktes.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bmj.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Fachpublikationen/2023_Schlussbericht_Untersuchung_moeblierter_Mietwohnungsmarktes.pdf?__blob=publicationFile&v=2)).

Vor längerem hat die Stiftung **Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen** einen Relaunch ihrer zweisprachigen Website »Gedenkstätten in Hamburg« durchgeführt. Wer sich einen Überblick über entsprechende Orte und Einrichtungen verschaffen will, ist hier genau richtig: [gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten](http://gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten). Die Verweise auf die hamburgischen Gedenkstätten sind nach Stadtteilen sortiert, so dass der eine oder die andere vielleicht noch eine Adresse in der Umgebung findet.

Alsterdorf



Ebenfalls über diese Website lassen sich weitere Materialien zum Thema herunterladen, und nicht zuletzt führt ein Link auch zur kompletten Liste der Stolpersteine in Erinnerung an Hamburger Opfer des NS-Terrors. By the way, am **Mittwoch, den 25. Oktober**, verlegt der Künstler Gunter Demnig um 14.00 Uhr vor dem Hotel »Vier Jahreszeiten« (Neuer Jungfernstieg 9-14) **Hamburgs siebentausendsten Stolperstein**. Gedacht wird damit an **Harald Seligmann**, der von 1925 bis 1938 Nachtportier in diesem Hotel war. Er wurde im KZ Neuengamme ermordet. Die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit wird anlässlich der Stolperstein-Verlegung ein kurzes Grußwort sprechen.

Ein kleiner Nachklapp zu den Veranstaltungsempfehlungen im letzten »Bürger\*innenbrief« anlässlich des **100. Jahrestages des »Hamburger Aufstandes« im Oktober 1923**. Wenn auch die noch bis zum 7. Januar 2024 im Museum für Hamburgische Geschichte (MHG, Holstenwall 24) laufende Ausstellung etwas enttäuscht – sie widmet der katastrophalen ökonomischen und sozialen Lage im Hyperinflationjahr 1923 nur ein Vitrinchen –, so überzeugt doch der großformatige, sehr gut bebilderte 260-seitige **(Ausstellungs-) Katalog Die bedrohte Republik. Hamburg 1923**. Und als kleine Draufgabe, das Werk kann für eine Bereitstellungspauschale von 5,- Euro exklusiv im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung (Dammtorwall 1) erworben werden. Solange der Vorrat reicht! (Abb. nächste Seite)



Cover der Neuerscheinung zum Hamburger Aufstand



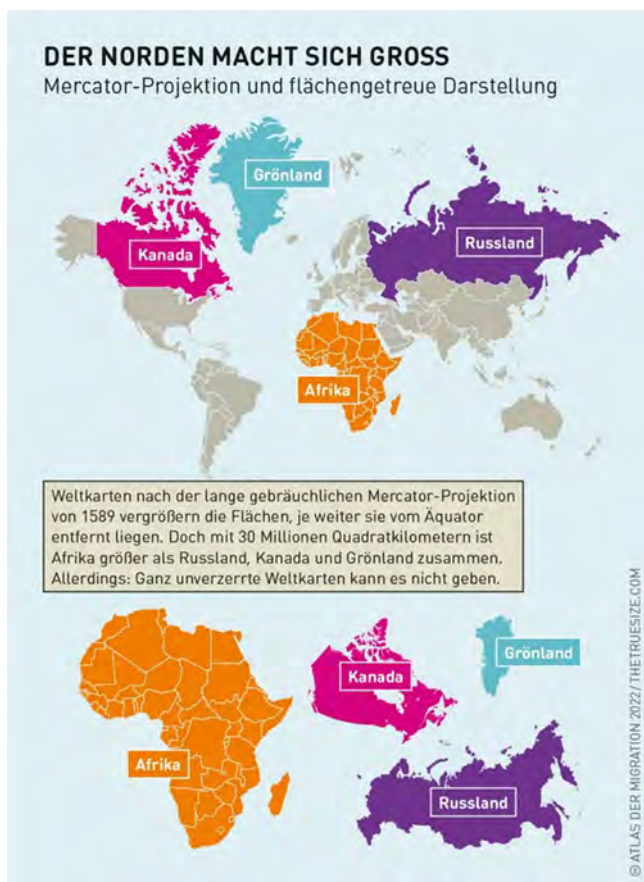
Bestaunen einer Barrikade (Foto in der MHG-Ausstellung)

Ende September hat die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung eine neue **Studie zur Entwicklung rechter Einstellungen** vorgelegt. Auf 428 Seiten werden die Ergebnisse referiert, und die sind erschreckend. Das allgemeine Fazit lautet: »Deutschland rückt nach rechts«, denn die neue Mitte-Studie zeige, dass inzwischen »jede zwölfte Person in Deutschland...ein rechtsextremes Weltbild (hat). Sechs Prozent wollen eine Diktatur mit Führer«, so die Zusammenfassung der TAZ ([taz.de/Mitte-Studie-der-Ebert-Stiftung/!5961642/](https://taz.de/Mitte-Studie-der-Ebert-Stiftung/!5961642/)). Der Anteil der Bevölkerung mit einer geschlossenen rechtsextremen Grundauffassung ist damit innerhalb von nur zwei Jahren von sechs auf acht Prozent angewachsen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) ist doch immer wieder für überraschende Veranstaltungen und Publikationen gut. Nehmen wir dies, eine **Studie zur Bedeutung von Karten**. O-Ton RLS: »Die Macht der Karten – Mehr als nur ein Abbild der Realität! Karten sind nicht nur im Atlas in der Schule und auf Google Maps zu finden. Ob politische Landkarten, Weltkarten zur Klimakrise oder zur Bestimmung eines Standpunktes in der Seenotrettung: Karten beeinflussen unsere Realität! In diesem Beitrag erfährst du einiges über die Herkunft von Karten und was wichtig zu beachten ist bei der







[www.rosalux.de/publikation/id/50988/50-jahre-putsch-in-chile-1](http://www.rosalux.de/publikation/id/50988/50-jahre-putsch-in-chile-1)

**den 1. November**, um 19.00 Uhr in der W3 (Nernstweg 32-34) auf sich? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg hat für diesen Abend Vertreter\*innen der Gewerkschaft Ver.di (Fachbereich Verkehr) und von Fridays for Future (FFF) Hamburg eingeladen, die schon seit zwei Jahren im Ergebnis einer Tarifikampagne Nahverkehr als Bündnis zusammenarbeiten, Motto: »Wir streiken, bis ihr handelt«. Mehr unter [https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/UQQWU/fuer-den-%C3%96pnv-streiken-heisst-fuers-klima-streiken?cHash=b36712c-ce8618e0ac9680969c5cd4f99](https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/UQQWU/fuer-den-%C3%96pnv-streiken-heisst-fuers-klima-streiken?cHash=b36712c-ce8618e0ac9680969c5cd4f99). Unter diesem Link findet sich auch ein **Film von Ver.di und FFF** zum Thema sowie eine entsprechende, 70-seitige **Broschüre zum Herunterladen**.

Nutzung.« Und zwar hier: [https://linx.rosalux.de/die-macht-der-karten-mehr-als-nur-ein-abbild-der-realita-et?pk\\_campaign=Newsletter&pk\\_medium=10%2f2023](https://linx.rosalux.de/die-macht-der-karten-mehr-als-nur-ein-abbild-der-realita-et?pk_campaign=Newsletter&pk_medium=10%2f2023). Wer genügend weiter runterscrollt stößt auch noch auf eine weitere, 354-seitige, englischsprachige Studie mit Karten vom Feinsten.

Und gleich noch etwas von der RLS, der Hinweis zu einem Material, das in gemeinsamer Verantwortung von TAZ-Pantherstiftung und der Stiftung Umverteilen veröffentlicht worden ist: **50 Jahre Putsch in Chile**, ein **Dossier** zum Sturz von Salvador Allende am 11. September 1973 und der 17-jährigen Diktatur unter General Augusto Pinochet. Lesenswert. Und für die Älteren unter uns: Mit Potenzial für Erinnerungsstürze.

Im Übrigen, wer sich für die chilenischen Erfahrungen und **Allendes Internationale** interessiert, der/die sollte unbedingt auch hier schauen: [www.rosalux.de/news/id/40922?pk\\_campaign=HistorischesZentrum&pk\\_medium=10%2f2023\\_](http://www.rosalux.de/news/id/40922?pk_campaign=HistorischesZentrum&pk_medium=10%2f2023_)

**Für den ÖPNV streiken heißt für das Klima streiten!**  
Was hat es mit dieser Veranstaltung am **Mittwoch**,



Baukultur auf der Bühne, das bietet das Forum der **Hamburger Stiftung Baukultur** einmal mehr am **Donnerstag, den 2. November**. Beleuchtet wird bei der um 18.30 Uhr im ehemaligen Einkaufszentrum »Vivo« (Bahrenfelder Straße 260) beginnenden Veranstaltung



die **Stadtgestalt im Klimawandel**. Den Input liefert zunächst Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein, anschließend gibt es einen Rückblick auf Erfahrungen bisheriger Klimaprojekte sowie ein Gespräch über die konkrete Bestandsentwicklung und innovative Gestaltungsansätze (<https://hsbk.city/>).

Um die **Bildungswende in Bergedorf** geht es in einem **Gespräch von Robert Gruber mit Sabine Boeddinghaus**, der bildungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, am **Mittwoch, den 1. November**, um 19.00 Uhr im Serrahn EINS (Serrahnstraße 1). An diesem Abend wollen die Bezirks- und die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer überfälligen bildungspolitischen Wende in Bergedorf diskutieren. Anknüpfungspunkte gibt es dort viele: Der Bau von Oberbillwerder stellt auch schulpolitisch eine Herausforderung dar; die Schulentwicklungsplanung ist schon von der Wirklichkeit der steigenden Schüler\*innenzahlen überholt, das geplante kleine Gymnasium unnötig; es bräuchte eine weitere große Stadtteilschule, um die Schüler\*innen aufzunehmen. Neben diesen Schiefentwicklungen ist der Kauf des sogenannten »Dello-Areals« zu Spekulantpreisen durch die Stadt ein Skandal für sich. Die Schulbehörde nimmt es achselzuckend hin. Den bildungspolitischen Hintergrund für die Debatte bieten der von der LINKEN vorgelegte Entwurf eines inklusiven Schulgesetzes sowie der jüngste Vorstoß »Entschlossen gegen den Bildungsnotstand«.

Unser Hafen ist kein Casino! Unter dieser Parole demonstrierten im September rund 2.500 Beschäftigte und Unterstützer\*innen gegen den (Teil-) Verkauf der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA). Kurz zuvor war bekannt geworden, dass der Senat nach Geheimverhandlungen 49,9% der HHLA-Anteile dem Schweizer Containerriesen MSC überlassen will. Die nächste



Beim Protest gegen den (Teil-) Verkauf der HHLA ([www.linksfraktion-hamburg.de/unser-hafen-ist-kein-casino-protest-gegen-den-verkauf-der-hhla/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/unser-hafen-ist-kein-casino-protest-gegen-den-verkauf-der-hhla/))

Veranstaltung unter dem Titel **Unser Hafen ist nicht euer Casino! Verkauf der HHLA stoppen!** dazu gibt es am **Donnerstag, den 9. November**, um 18.30 Uhr, im Kulturpalast Harburg (Rieckhoffstraße 12). Norbert Hackbusch, der hafenpolitische Sprecher der Linksfraktion, hat an diesem Abend Norbert Paulsen (Betriebsrat der HHLA), Sonja Petersen (Betriebsrätin HHLA) sowie Dieter Läßle (Professor für Stadtforschung) zu Gast. Gemeinsam wollen sie über Kritik und Widerstand, also die skandalöse Privatisierung öffentlicher Aufgaben diskutieren.

Um **Eine Gesunde Stadt für Alle** geht es auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am **Dienstag, den 14. November**, um 18.00 Uhr im Reimarus-Saal (Trostbrücke 6). Der Arbeitskreis Nachhaltige StadtGesundheit will an diesem Abend **Anforderungen, Erfahrungen und Chancen** einer nachhaltigen StadtGesundheit diskutieren. Grundlage dafür sind drei Vorträge, die sich alle um Aspekte einer gesundheitsfördernden Stadtentwicklung drehen. Die Moderation hat Florian Marten inne. Mehr Infos und den Anmeldebutton gibt es dazu unter [www.patriotische-gesellschaft.de/de/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungen-aktuell/](http://www.patriotische-gesellschaft.de/de/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungen-aktuell/).

Am Freitag/Samstag, den **17./18. November**, finden die heiß ersehnten **14. Hamburger Wohnprojekte-Tage** statt, dieses Mal im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20). Das von **stattbau hamburg** eingeführte Format hat sich in den letzten Jahrzehnten als eine der entscheidenden Bühnen und Räume für den alternativen wohnungspolitischen Diskurs herauskristallisiert. Im Mittelpunkt des Fachtages am 17. November steht die »Gemeinwohlorientierung in der Wohnungsverorgung« und die Frage, »(wofür) brauchen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit?« Am 18. November stehen dann allerlei Führungen zu und mit Hamburg Wohnprojekten an, es gibt Workshops zum gemeinschaftlichen Bauen und Wohnen, für Austausch und Vernetzung sorgen die Wohnprojektemesse, Angebote für »Einsteiger« und Gesprächsrunden zur Vernetzung selbstverwalteter Projekte. Die Podiumsdiskussion dreht sich um »Nachhaltiges Bauen im Passivhaus«. Hier gibt es mehr Infos: [https://stattbau-hamburg.de/einladungbaugemeinschaften\\_woprotage/](https://stattbau-hamburg.de/einladungbaugemeinschaften_woprotage/).



## Statt neuer Esso-Häuser / Paloma-Viertel hat St. Pauli jetzt eine neue Attraktion ...

Ab Februar 2014 wurde der in den 1960ern entstandene Plattenbau der schwer umkämpften ESSO-Häuser an der Reeperbahn abgerissen, der NDR hat diesen Akt in einer melancholischen Fotoreihe festgehalten ([www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Der-Abriss-der-Esso-Haeuser,esso-haeuser424.html](http://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Der-Abriss-der-Esso-Haeuser,esso-haeuser424.html)). Der Protest war so stark, dass im Gefolge des Abrisses der Eigentümerin – der Bayrischen Hausbau – ein Planungsprozess zur Wiederbebauung des Geländes abgerufen werden konnte. In einem für Hamburger Verhältnisse bisher einmaligen Prozess ist ein Neubauvorhaben konzipiert worden, das von allen Seiten – den Menschen des Stadtteils, der Immobilieneigentümerin und der Stadt – akzeptiert wurde. Ganz besonderer Dank kommt dabei der Planbude zu, die das Verfahren im Interesse der St. Paulianer\*innen und auch der ehemaligen Mieter\*innen der ESSO-Häuser gesteuert hat. All diese Entwicklungen

haben sogar zu einem eigenen Wikipedia-Eintrag geführt (<https://de.wikipedia.org/wiki/Esso-H%C3%A4user>). Danach ist im Grunde nichts passiert, seit fast zehn Jahren ist das Grundstück nichts als eine eingezäunte Brache. Doch halt, etwas ist schon passiert: Der Bodenwert ist in die Höhe geschossen. Und genau das scheint sich die Eigentümerin, die Bayrische Hausbau, jetzt auszahlen lassen zu wollen ... ohne einen einzigen Handschlag getan zu haben und wider die ausgehandelten Ergebnisse des Planungsverfahrens. Ein neuer, millionenschwerer Immobilienskandal deutet sich an. Vor diesem Hintergrund hat die Planbude für den 29. September zu einer von rund 100 Personen besuchten Pressekonferenz vor das Baugelände, äh, vor der Brache eingeladen. Wir dokumentieren nachfolgend die Pressemitteilung und danken den Aktiven für die Möglichkeit der Aufnahme des Beitrages in diesem BB.



Bei der performativen Pressekonferenz am 29. September mit Christoph Schäfer von der Planbude und Dr. Hayo Faerber vom benachbarten Panoptikum (Foto: Michael Joho)



## ... einen Platz der leeren Versprechungen

In einer performativen Pressekonferenz haben St.Pauli-aner\*innen heute die Baugrube der ehemaligen Essohäuser zum »Platz der leeren Versprechungen« umbenannt. Die Planbude kritisiert die Bayerische Hausbau und analysiert die Hintergründe. Internationale Architekt\*innen und ehemalige Bewohner\*innen argumentieren für eine Umsetzung des Projekts in kommunaler Vergesellschaftungsform.

**PLANBUDE**

Seit Wochen verdichten sich die Anzeichen, dass die Bayerische Hausbau tatsächlich alle Versprechungen bricht und das Projekt »Neue Esso-Häuser/Paloma Viertel« nicht baut, sondern stattdessen verkaufen will. Noch feiert sich die Bayerische Hausbau selbst in Symposien, Internetseiten und Broschüren für den vorbildlichen Beteiligungsprozess. Doch offenbar will das Unternehmen den von ihr selbst ausgehandelten, maßgeschneiderten städtebaulichen Vertrag nicht mehr erfüllen. Die Bayerische Hausbau ist im Begriff, statt der vereinbarten Häuser für ihre Mieter\*innen, nach Jahren der Planung, ein Loch zu hinterlassen.

»Wir wundern uns, dass so wenig Kritik an der möglichen Vertragsbrüchigkeit der Bayerischen Hausbau zu lesen und zu hören ist.« sagt Margit Czenki von der Planbude. »Schließlich ist der Schörghuber Gruppe, zu der die Bayerische Hausbau gehört, nicht das Geld ausgegangen.«

### Das dumme Geld

Und in der Tat: Die Schörghuber Gruppe hat im zweiten Corona-Jahr 2021 das erfolgreichste Jahr der Firmengeschichte hingelegt – mit 279,4 Millionen Euro Gewinn. In einem Jahr Geld genug verdient, um zwei Paloma-Viertel zu bauen.

Tatsächlich hat sich mit Eintritt von Schörghuber-Sohn Florian die Ausrichtung des Konzerns verändert: Konnte in den letzten Jahrzehnten noch jeder reiche Depp mit Immobilien Geld verdienen, wird das Baugeschäft jetzt schwieriger.

Die Konsequenz der Schörghubers: Statt auf Projektentwicklung und »Werte, die bleiben« (Firmenmotto) zu setzen, wird die Gruppe jetzt umstrukturiert zum gewöhnlichen Finanzinvestor. »Ein komplexes Projekt wie die Neuen Essohäuser können diese Leute weder denken noch umsetzen.« sagt Christoph Schäfer von der Planbude. »Dieser Strategiewechsel ist verantwortlich für den Rückzug der Bayern, und nicht die vielen Wünsche der Bevölkerung, denen das Projekt sein Profil verdankt.«, tritt Schäfer einem von der BHG in Politik und Leserbriefspalten gestreuten Narrativ entgegen.

### Wünsche und Volumen

Der Bebauungsplan für den Spielbudenplatz erfüllt in erster Linie den Wunsch der Bayerische Hausbau nach gigantischem Bauvolumen:

- Die 8.000 qm Geschossfläche der ehemaligen Essohäuser wird mehr als verdreifacht auf ca. 28.700 qm.
- Statt 2.000 qm Geschäfte, Hotel, Tanke, Klubs und Kneipen hat sich die Geschäftsfläche in den neuen Häusern auf geschätzte 14.000 qm versiebenfacht, die Wohnfläche soll von 6.000 qm auf ca. 15.500 qm steigen.

»Diese extreme Steigerung des Bauvolumens ist an die Umsetzung des St. Pauli Codes gebunden.« erinnert Margit Czenki von der Planbude an den Kern der Verträge. Der St. Pauli Code wurde in einem der breitesten und intensivsten Beteiligungsprozesse Europas ermittelt: Die interdisziplinäre Planbude untersuchte von September 2014 bis Februar 2015, was dieses besondere Grundstück in Zukunft »können« muss, damit sich St. Pauli darin fortsetzen und weiterentwickeln kann.

»Das Ergebnis basiert auf über 2.300 Beiträgen.« Sagt Renée Tribble, heute Professorin für Stadtplanung an der Uni Dortmund. »Dem St. Pauli Code verdankt sich das rundum durch Publikumsbetrieb belebte Urbane Erdgeschoss ebenso wie die abwechslungsreiche Struktur des Ensembles aus profilierten Häusern in unterschiedlicher Höhe mit einigen benutzbaren und teils öffentlichen Dächern.« Die etwa 9.000 qm geförderten Wohnraums machen ein knappes Drittel des Gesamtvolumens aus.

Reichlich Platz für hochprofitable Nutzungen, wie ein Hotel, das mit über 7.800 qm allein knapp so groß ist wie die ursprünglichen Essohäuser. Genug Platz aber auch, um als Gegenleistung den wenigen verbliebenen gewerblichen Altmiet\*innen das versprochene »vergleichbare« Angebot zu machen, St.Pauli-spezifisches Gewerbe anzusiedeln, und in den unattraktiveren Lagen günstigeren Raum für kreative, innovative Nutzungen und soziale Funktionen bereit zu halten.

### Wer hat an der Uhr gedreht?

All das wurde bereits 2015, nach Abschluss des Beteiligungsprozesses, in einem Eckpunktepapier vereinbart. Und 2016 war der zweiphasige Architekturwettbewerb entschieden. Danach hat die Bayerische Hausbau viel Zeit vertrödeln mit der Planung einer überdimensionierten, dreistöckigen Tiefgarage.

»Jahrelang stellten die Bayern Nachforderungen an die Stadt und verschleppten dadurch die Planung.« Sagt Christoph Schäfer, »Knapp zwei Jahre gingen verloren, weil die Bayern eine statisch waghalsige Supermarkt-Lkw-Anlieferung in einer unterirdischen, säulenfreien Halle haben wollten. Bis jemand in München der Geduldsfaden riss und von drei Kelleretagen zurück ging auf zwei – mit erheblichen Auswirkungen auf die komplette Architektur darüber.« Das Ergebnis: Statische Neuplanung des gesamten Ensembles, Verzögerungen beim B-Plan.





Tristesse seit nahezu einem Jahrzehnt: der Platz der leeren Versprechungen an der Reeperbahn (Foto: Michael Joho)

Zuletzt machte 2019 ein Einspruch der benachbarten »Stage« Überarbeitungen des Bebauungsplans nötig. »Die zeitgleich stattfindende Ausschreibung des Wohnprojekts auf Baufeld 5 war ein reines Schaulaufen, denn es war von vornherein klar, dass ein Wohnprojekt unter den gegebenen Förderbedingungen gar nicht zu realisieren ist.« Dankenswerterweise wurde das Baufeld bereits 2020 von der Stadt gekauft.

Im Grunde hat die Bayerische Hausbau ab 2016 gepokert und den komplex mit Nachforderungen verkompliziert – bis schließlich die Baupreise system-, corona- und kriegsbedingt explodiert sind und die Preissteigerungen die Profiterwartungen geschmälert haben.

### **Es riecht nach Beteiligungsbetrug**

Nun will die Bayerische Hausbau just in dem Moment abspringen, in dem der Bebauungsplan mit seinem extrem gesteigerten Bauvolumen gültig geworden ist. Durch das Beteiligungsverfahren, das die Stadt Hamburg finanziert hat, ist ein Baurecht geschaffen worden, das den Wert des Grundstücks verdreifacht. Diese Wertsteigerung darf nicht in die Taschen der profitorientierten Schörghuber-Gruppe wandern.

### **Modellhaft in die Zukunft**

Der »Platz der leeren Versprechungen« taugt nicht so Recht als neue Touristenattraktion. Das Schlüsselgrundstück an der Reeperbahn braucht diesen passgenauen Baustein und die Erfüllung des St.Pauli Codes. Deshalb begrüßt die Planbude das Engagement der Stadt ausdrücklich.

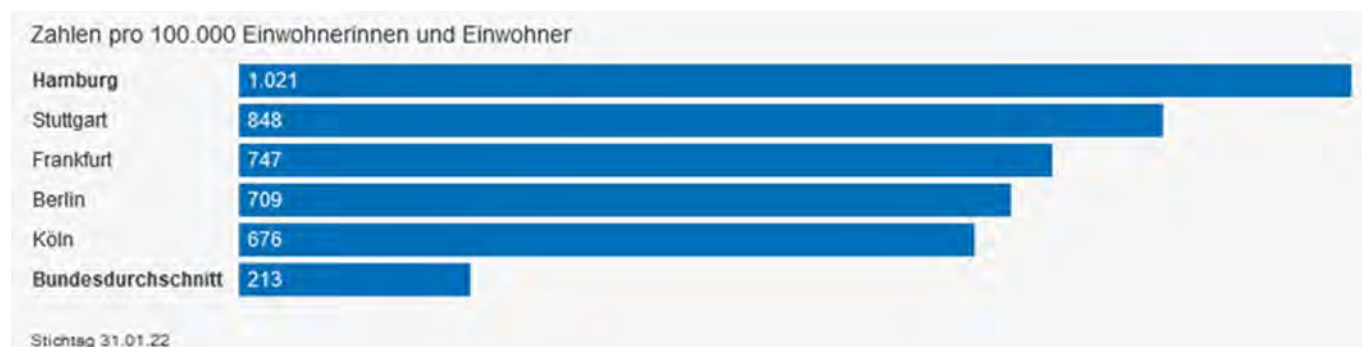
Alle Architekturbüros stehen bereit, das Projekt auch unter veränderten Bedingungen mit der Planbude und der Stadt und ihren Wohnungsunternehmen umzusetzen. »Die Kommunen haben in Krisenzeiten der Baubranche schon in der Vergangenheit progressive Entwicklungen des Städtebaus eingeleitet.« sagt Lisa Marie Zander von der Planbude.

## Macht Politik gegen die Armut, nicht gegen die Armen!

Binnen kurzem hat sich die Wohnungsversorgung in Hamburg noch einmal stark verschlechtert. Erst am 11. September anlässlich des Tages der Wohnungslosen hatte die Diakonie Hamburg als »Hauptstadt der Wohnungslosigkeit in Deutschland« bezeichnet, da waren es bereits 19.000 Personen ohne eigenes Dach in der Stadt ([www.diakonie-hamburg.de/de/presse/pressemitteilungen/Diakonie-fordert-hamburgischen-Aktionsplan/](http://www.diakonie-hamburg.de/de/presse/pressemitteilungen/Diakonie-fordert-hamburgischen-Aktionsplan/)). Nur vier Wochen später, am 10. Oktober, demonstrierte das Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot auf dem Hachmannplatz, kritisierte die anhaltende Vertreibung der Bettler und der ehrenamtlich betriebenen Lebensmittel-Ausgabestellen vom Hauptbahnhofgelände und klagte an, dass mittlerweile 32.285 Menschen in Hamburg Wohnraum brauchen.

Nur vier Wochen später, am 10. Oktober, demonstrierte das Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot auf dem Hachmannplatz, kritisierte die anhaltende Vertreibung der Bettler und der ehrenamtlich betriebenen Lebensmittel-Ausgabestellen vom Hauptbahnhofgelände und klagte an, dass mittlerweile 32.285 Menschen in Hamburg Wohnraum brauchen.

### Zahl der untergebrachten Wohnungslosen in deutschen Großstädten



Aus einer NDR-Pressemeldung vom 11.9.2023 ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Diakonie-Hamburg-ist-Hauptstadt-der-Wohnungslosigkeit,obdachlos510.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Diakonie-Hamburg-ist-Hauptstadt-der-Wohnungslosigkeit,obdachlos510.html))

Aus Anlass dieser Kundgebung am 10. Oktober äußerte sich auch die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft mit der nachfolgenden Pressemitteilung. Gleich im Anschluss daran nehmen wir die Rede von Jonas Gengnagel auf, die er als Sozialarbeiter bei »Hinz&Kunzt« auf eben dieser Kundgebung des »Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot« gehalten hat. Wir danken für die »Abdruckmöglichkeit«. Und zu guter Letzt nehmen wir noch den frisch eingetrudelten Demonstrationaufruf des Straßenmagazins von »Hinz&Kunzt« auf, das gerade seinen 30. Geburtstag feiern kann.

ung des »Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot« gehalten hat. Wir danken für die »Abdruckmöglichkeit«. Und zu guter Letzt nehmen wir noch den frisch eingetrudelten Demonstrationaufruf des Straßenmagazins von »Hinz&Kunzt« auf, das gerade seinen 30. Geburtstag feiern kann.

### Pressemitteilung der Linksfraktion vom 10.10.2023

## Macht Politik gegen die Armut, nicht gegen die Armen!

Heute haben die Verbände und Einrichtungen der Hamburger Wohnungslosenhilfe eine Kundgebung vor dem Hauptbahnhof abgehalten. Unter dem Motto »Wohnen statt Vertreibung« wurde gegen die sich immer weiter verschärfende Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hamburg protestiert. Weit mehr als 30.000 Menschen sind davon inzwischen betroffen. Der Protest richtete sich aber insbesondere auch gegen die verstärkte Vertreibung von bettelnden Menschen vom Hauptbahnhofgelände, gegen das Verbot der Lebensmittelausgabe am sog. »Gabenzaun« und überhaupt gegen vermehrtes repressives Vorgehen in der gesamten Innenstadt.

Dazu Heike Sudmann, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Es heißt ja vom Senat schon seit längerem, dass auch in Hamburg die Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahre 2030 überwunden werden soll. Doch spürbar ist in den vergangenen Jahren nichts passiert. Im Gegenteil: Die Zahlen gehen nach oben! Trauriges Ergebnis: Hamburg ist zur Hauptstadt der Wohnungslosen geworden, wie die Diakonie feststellte. Wir brauchen endlich mehr günstigen Wohnraum, eine nachhaltige Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und einen massiven Ausbau von »Housing First«, so dass alle Menschen ein Obdach finden.«

Olga Fritzsche, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion: »Statt vermehrt niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, nicht zuletzt auch für Asylbewerber\*innen, fährt der Senat eine Vertreibungsstrategie, um die City und den Hauptbahnhof »clean« zu machen. »Aus dem Auge, aus dem Sinn« ist aber keine soziale Politik gegen Armut und Diskriminierung. Das Bettelverbot am Hauptbahnhof ignoriert die dramatische Lage vieler Betroffener und gehört abgeschafft.«





Von der Facebook-Seite [www.facebook.com/hamburgeraktionsbuenndnisgegenwohnungsnot/?locale=de\\_DE](https://www.facebook.com/hamburgeraktionsbuenndnisgegenwohnungsnot/?locale=de_DE)

**Keine Verdrängung  
von Menschen,  
die von Obdachlosigkeit  
oder Armut betroffen sind!**

**Hinsehen  
und Lösungen schaffen.**

**32285 Menschen  
brauchen Wohnraum in Hamburg!**

## Rede von Jonas Gengnagel am 10. Oktober

### Nicht Vertreibung, sondern brauchbare Maßnahmen

In Hamburg leben 32285 Menschen in Notunterkünften! Das heißt: 32.285 Menschen erleben täglich:

- Beengte Lebensverhältnisse
- Schlechte Hygienebedingungen
- Fehlende Privatsphäre
- Lärm, Streit, Konflikte und auch Gewalt
- Stigmatisierung und Ausgrenzung

Ein Leben in Notunterkünften macht

- Alltagsbewältigung schwer
- Arbeiten schwer
- ein gesundes Familienleben schwer
- Integration schwer
- Bildung schwer
- Gesundheit schwer
- Solidarität schwer

Ein Leben in Notunterkünften

- manifestiert von Armut und
- Ausgrenzung und
- Perspektivlosigkeit

32.285 Menschen, Einzelpersonen wie Familien, sind diesen Lebensumständen ausgesetzt, manchmal schon seit Jahren! Zu der Zahl von 32.285 Menschen kommen noch einmal viele Menschen, die aufgrund des Wohnungsmangels in Hamburg notdürftig bei Freunden wohnen, von Couch zu Couch ziehen oder anderweitig prekär unterkommen. Zu der Zahl von 32.285 Menschen kommen noch einmal viele Menschen zu dazu, die geflüchtet sind und in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind. Zu der Zahl 32.285 müssen wir noch einmal viele Menschen hinzuzählen, die obdachlos auf der Straße leben.

All diese Menschen brauchen eine Wohnung. Wohnen ist ein Menschenrecht. Daher fordern wir vom Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot: Massiver Ausbau des sozialen Wohnungsmarktes! Wir fordern adäquate Notunterkünfte! Wir fordern den Ausbau des »Housing-First«-Ansatzes. Wir fordern das Ende der restriktiven Hamburger Unterbringungs politik gegenüber Menschen ohne sozialrechtliche Leistungsansprüche.



Kundgebung des Aktionsbündnisses am 10. Oktober (Foto: Michael Joho)

**Wir fordern Toleranz für und Solidarität mit obdachlosen und wohnungslosen Menschen! Das bedeutet auch, dass die Vertreibung von obdachlosen Menschen aus der Hamburger Innenstadt beendet werden muss!**



Der öffentliche Raum ist für alle da und obdachlose Menschen sind in besonderem Maße auf ihn angewiesen. Im öffentlichen Raum müssen obdachlose Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten und ihren Alltag bewältigen. Auch für Schlaf und Erholung können sich Betroffene nicht in die Privatheit der eigenen vier Wände zurückziehen – anders als Tourist\*innen, Reisende und Geschäftsleute, die sich möglicherweise vom Anblick von Armut und Not gestört

fühlen und für die die aktuellen restriktiven Maßnahmen ergriffen werden.

Ja, es stimmt, die Konfrontation mit Obdachlosigkeit kann unangenehm und beängstigend sein und man darf sich nicht an soziales Elend gewöhnen – aber die Lösung sind nicht Gängelung und Vertreibung, sondern brauchbare Maßnahmen gegen Wohnungsnot und Verelendung und soziale Not.

**Pressemitteilung von »Hinz&Kunzt« vom 11. Oktober**

## **Aufruf zu Demonstration und Laternenumzug**

45.000 Menschen in Hamburg sind wohnungslos, mehr als 12.000 Haushalte akut in Wohnungsnot und mindestens 2.000 Menschen obdachlos. Fast jeder Vierte von ihnen lebt seit mehr als fünf Jahren auf der Straße und längst nicht mehr nur Sozialarbeiter:innen fällt auf: Die Menschen verelenden immer mehr.

Statt mit Hilfsangeboten reagiert die Politik mit Verboten und Vertreibung. Am Hauptbahnhof sollen keine Spenden an Obdachlose mehr verteilt werden, Alkohol- und Drogenkranke werden mit Kontrollen schikaniert und in Notunterkünften darf nur verweilen, wer einen sogenannten Rechtsanspruch hat.

Es gibt kein Bettelverbot In Hamburg. Trotzdem beobachten wir, wie die Polizei seit Monaten verstärkt gegen bettelnde Menschen in der Innenstadt vorgeht und Platzverweise verteilt.

### **Hinschauen, wo andere wegschauen**

Aber Armut und Elend beseitigt man nicht, in dem man sie aus dem Blickfeld wischt. Verbote und Vertreibung erschweren vielmehr die Arbeit der Wohnungslosenhilfe, wenn obdachlose Menschen nicht mehr an ihren angestammten Orten anzutreffen sind. Der Rückfall in eine Law-and-Order-Politik rund um den Hauptbahnhof löst keine Probleme, sondern verdrängt Sucht- und Alkoholranke nach St. Georg. Dort beobachten Anwohner:innen seit Monaten eine Zunahme des Drogenhandels und vor allem des offenen Konsums. Sie erwarten nicht mehr Einsätze der Polizei und Stadtreinigung, sondern Angebote für die Bedürftigen, um die Probleme im Stadtteil zu lösen.

Für uns ist klar: Niemand ist freiwillig obdachlos! Niemand bettelt ohne Not. Und kranke Menschen brauchen Hilfe. Statt auf Vertreibung zu setzen, muss sich die Politik zu sozialen Lösungen und Hilfsangeboten durchringen. Die Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf, Zugang zu Sozial- und Suchtberatungen und Unterstützung bei der Jobsuche.

Deswegen braucht Hamburg dringend viel mehr günstige und sozial geförderte Wohnungen. Ende der 1970er-Jahre war in etwa jede zweite Wohnung eine Sozialwohnung. Heute liegt der Anteil bei gerade einmal 10 Prozent, obwohl jede:r zweite Hamburger Haushalt Anspruch auf eine Sozialwohnung hat.

So kann es nicht weitergehen. Die Stadt braucht ein neues Bündnis für soziales Wohnen, um mehr Sozialwohnungen zu

bauen und die Mietpreisexpllosion im Bestand zu stoppen. Abzock-Vermieter gehört das Handwerk gelegt. Leerstand darf sich nicht lohnen. Mit Brachflächen darf nicht länger spekuliert werden. Und wir brauchen eine Mietpreisbremse, die ihrem Namen gerecht wird.

Die Menschen auf der Straße wiederum brauchen jetzt konkrete Hilfe – vom Zugang zu medizinischer Hilfe für alle bis zur Nachsorge nach einem Krankenhausaufenthalt. Wer keine Wohnung hat, braucht sichere Rückzugsräume, um sich auszukurieren, damit die Negativspirale der Verelendung endlich durchbrochen wird. Dazu gehört auch, dass Straßensozialarbeiter:innen nicht länger mit leeren Händen dastehen. Hamburg braucht mehr Housing-First-Angebote ohne Zugangsbeschränkungen und viele kleinere und dezentrale Not-Schlafplätze für Obdachlose. Ansonsten droht Hamburg das Ziel, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, aus den Augen zu verlieren.

### **30 Jahre H&K – (k)ein Grund zum Feiern!**

In November wird Hinz&Kunzt 30 Jahre alt. Hinz&Kunzt ist eine starke und wichtige Stimme der Armen in dieser Stadt. Hinz&Kunzt hilft, zeigt Alternativen auf und schaut hin, wo andere wegschauen. Was wir aktuell sehen, ist, dass die Verelendung zunimmt und die Zahl der Obdachlosen weiter steigt. Deswegen wollen wir auch auf der Straße ein Zeichen setzen, um den Stimmen der Obdachlosen Gehör zu verschaffen.

#### **■ Auftakt der Kundgebung**

**ist am Samstag, den 11. November, um 16.00 Uhr in der Mienenstraße 9 vor dem Hinz & Kunzt-Haus.**

#### **■ Laternenumzug und Demonstration**

**starten um 17.00 Uhr und führen durch St. Georg und über die Mönckebergstraße bis zum Hamburger Rathaus.**

Und warum das alles am Martinstag? Ein katholischer Heiliger in Hamburg? Die Geschichte, wie Martin von Tours aus Barmherzigkeit seinen Mantel mit einem unbekleideten Bettler teilt, greifen wir dieses Jahr auf, um in Hamburg den Blick auf die Ärmsten zu richten und zusammen mit Obdachlosen und Hinz&Kunzt-Verkäufer\*innen zum 30-jährigen Jubiläum des Straßenmagazins für ihre Rechte auf die Straße zu gehen und mehr einzufordern als einen geteilten warmen Mantel.

# Kulturtipp

## Herzlichen Glückwunsch zu 30 Jahren »Hinz & Kunzt«



»Wir freuen uns sehr, dass wir eine Vielzahl an Künstlerinnen und Künstlern, die sich dem Stadtteil St. Georg und seinen besonderen Herausforderungen verbunden fühlen, dafür gewinnen konnten, gemeinsam einen Abend zugunsten der Sozialarbeit des Straßenmagazins Hinz&Kunzt zu gestalten.« Mit diesen Worten kündigt die ev.-luth. Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde einen Benefizabend am Dienstag, den 31. Oktober, um 18.00 Uhr in der Dreieinigkeitskirche (St. Georgs Kirchhof) an. Obwohl schon zwei Jahre im Quartier angesiedelt, erfolgt die Begrüßung erst jetzt, »in einer Zeit, in der die Herausforderungen für alle sozialen Einrichtungen im Stadtteil groß« sind und es wichtig ist, »untereinander Solidarität zu zeigen«, so die Initiator\*innen, die Pastor\*innen Elisabeth Kühn, Dorothea Frauböse, Dr. Julian Sengelmann und Kantor Martin Schneekloth.

Die Liste der Gratulant:innen ist lang und hochkarätig: Anna Depenbusch, Tonbandgerät, Tetje Mierendorf, Rolf Becker und Jens Riewa (letzterer per Video) haben ebenso zugesagt wie das Deutsche Schauspielhaus, das Ohnsorg-Theater und das Varieté im Hansa-Theater, Wittus Witt vom Museum Belachini am Hansaplatz sowie das Museum für Kunst und Gewerbe. flairdrum erzeugt karibische Klänge



auf Instrumenten aus PET-Flaschen, Soleika bringt Weltmusik mit, O'Shane bietet eine funky und rockige One-man-band-Show, verfeinert mit Querflöte, Beatbox und Looper und der Magier Rune Andersen wird das Publikum verzaubern.

»Unser Kirchenmusiker Martin Schneekloth mit der Sängerin Maria Teschendorf und unser international bekannter Gospelchorleiter Folarin Omishade mit Axel Mangat von der Hamburger Bahnhofsmision und den Hamburg Gospel Ambassadors runden den Abend ab«, erklären die Organisator:innen. Die Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs und der Leiter des Diakonischen Werkes Hamburg, Landespastor Dirk Ahrens, sowie Propst Dr. Tobias Woydack vom Kirchenkreis Hamburg-Ost haben ihr Kommen ebenfalls zugesagt. Die Moderation des Abends hat Dr. Julian Sengelmann, Moderator, Sänger und ehemaliger Pastor der Kirchengemeinde übernommen.

Der Eintritt zu dem Benefizabend ist frei, um großzügige Spenden für Hinz & Kunzt wird herzlich gebeten! ♦

Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg